

Calmer & Co. Calw

Nr. 180.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Veröffentlichungswert: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste halbe Seite 20 Bfg. Restbetrag 50 Bfg. — Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Montag den 14. Juli 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frachtlöhnen RM. 3.20 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- u. Nachbortortverkehr RM. 3.50, im Fernverkehr RM. 3.80, Bestellung 15 Bfg.

Zur äußeren Lage.

Weitere Hinauszögerung der Freigabe der deutschen Gefangenen.

* Berlin, 13. Juli. Nach der „D. Allg. Ztg.“ besagt ein Telegramm des Pariser Vertreters der „N. Zür. Ztg.“ über die Frage der Kriegsgefangenen, daß der Verband in dieser Frage nicht dieselben Verpflichtungen auf sich genommen habe, wie bezüglich der Aufhebung der Blockade. Was die Kriegsgefangenen betreffe, so werde man abwarten, bis die Hauptmächte den Friedensvertrag vollständig ratifiziert hätten, und bis die Exekutivkommission des Friedensvertrags eine Lösung der Arbeiterfragen für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete gefunden habe.

* Versailles, 13. Juli. Die Frage der Rückbeförderung der Kriegsgefangenen liegt bis jetzt noch im Dunkeln. Einige Pariser Blätter verquiden seit einigen Tagen diese Frage mit dem Wiederaufbau des Kampfgebietes in Nordfrankreich. Die durch eine Walfnote klargelegte Sachlage, daß die Friedensklausele eine derartige Vermengung zweier vollständig verschiedener Materien nicht zulasse, veranlaßt den „Matin“ zu einer offenkundigen von der französischen Regierung inspirierten Erklärung. Das Blatt sagt, gewiß müßten die deutschen Kriegsgefangenen in gewissen Zeitabschnitten zurückbefördert werden. Da aber Deutschland sich verpflichtet habe, das Kampfgebiet wieder aufzubauen, wäre es natürlich, daß die Gestellung deutscher Zivilarbeiter den Abtransport der Kriegsgefangenen beeinflussen müßte. Nur in dem Maße wie diese Arbeiter in Frankreich eintröfen, werde man die Vertragsklausele betreffend die Kriegsgefangenen ausführen müssen. Durch die Interpretation ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, unverzüglich mit den Alliierten über die Kriegsgefangenenfrage zu verhandeln.

* Versailles, 11. Juli. In der heutigen ersten Besprechung mit der vorbereitenden Wiedergutmachungskommission wurde von der Entente die Gestellung von Arbeitskräften als die nächste und wichtigste Aufgabe bezeichnet. Es wurde dabei ausdrücklich betont, daß die Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen nicht von der Gestellung dieser Arbeiter abhängig gemacht werden soll. Im Anschluß an diese Erklärung wurde aber sehr nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß es die vornehmste Pflicht Deutschlands sei, bei der zur Zeit von den Gefangenen begonnenen Arbeit eine Unterbrechung nicht eintreten zu lassen.

Frankreich denkt immer nur an den Krieg.

(WB.) Bern, 12. Juli. Egoner Blättern zufolge wurden im Kammerausschuß für den Friedensvertrag gestern die militärischen Klauseln besprochen. Viviani erklärte, daß der Vertrag zwar Lücken aufweise, Frankreich aber auch tatsächliche Garantien gebe. Barthou betonte, daß nach dem Militärabkommen mit England und Amerika und durch die Tatsache, daß diese beiden Staaten jetzt große Armeen bilden, die Lage Frankreichs im Vergleich zu derjenigen von 1914 gebessert sei. Deutschland sei allerdings nicht so geschwächt, daß die Militärpflicht Frankreichs herabgesetzt werden könne. Laguerre verwies auf die Vernichtung der deutschen Seemacht, wodurch es möglich sei, Deutschland bei einem Konflikt sofort zu blockieren.

Clemenceau's Geschäftsgeist.

Verfailes, 13. Juli. Die Wiederaufnahme der geschäftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland veranlassen Clemenceau im „Homme Libre“ zu einer Betrachtung, in der er sich bemüht, die etwas empfindlichen Geister, unter denen sich gewisse Handelskammern befinden, zu beruhigen. Man habe offenbar vergessen, daß Frankreich viel zu große Wunden geschlagen wurden, als daß es zögern dürfe, in Gemeinschaft mit seinen Alliierten auf dem deutschen Markt aufzutreten. Dadurch würde es in bescheidenem Maße in die Lage versetzt werden, für den Wiederaufbau seiner Wirtschaft zu wirken, da durch den Bezug von Rohmaterialien aus Deutschland die Industrie beschäftigt werden könnte. Außerdem dürfe man hoffen, dadurch eine Preisermäßigung herbeizuführen.

Der französische Handel

wird nur „unter gewissen Bedingungen“ gestattet.
* Versailles, 12. Juli. Infolge Aufhebung der Blockade gegen Deutschland hat die französische Regierung den französischen Staatsbürgern gestattet, unter gewissen Bedingungen die Handelsbeziehungen mit Deutschland wie-

der aufzunehmen. Waren, deren Ausfuhr aus Frankreich freigegeben ist, können ohne Vollmacht nach Deutschland ausgeführt werden. Für Waren, deren Ausfuhr verboten ist, ist eine Spezialgenehmigung des französischen Ministers notwendig. Deutsche Waren oder solche, die aus Deutschland kommen, können nur mit Spezialgenehmigung nach Frankreich eingeführt werden, die ebenfalls der Finanzminister erteilen muß. Für Zahlungen zwischen Deutschen und Franzosen bleiben allgemein die alten Beschränkungen aufrecht erhalten. Es sind ferner alle Operationen unterjagt hinsichtlich feindlicher Güter, die unter Sequester stehen, auch Zahlungen von Coupons aller Werte, die seit dem 1. August 1914 feindlichen Untertanen gehören oder gehört haben. Der Verkauf und Ankauf von Mark ist nur durch Vermittlung einer zuständigen Bank nach dem Gesetz vom 3. April 1918 gestattet.

England stürzt sich wieder auf den deutschen Markt.

* Amsterdam, 12. Juli. Dem „Allg. Handelsblatt“ zufolge berichtet der politische Mitarbeiter der „D. Mail“, daß demnächst mehrere britische Konsulen nach Deutschland ziehen werden, um den Konsulardienst wieder einzurichten. Auch ein Botschafter werde bald für Berlin ernannt werden. Die Regierung wünscht den britischen Kaufleuten den Verkauf von Waren an Deutschland zu erleichtern. In der nächsten Woche werden die Abmachungen für die Wiederaufnahme des Handels bekannt gemacht werden. Für die Ausfuhr aus Deutschland (1) werden Beschränkungen bestehen bleiben. Für die Reise nach Deutschland werden vorläufig Beschränkungen gelten und besondere Erlaubnis wird nötig sein. — (Also die Engländer dürfen bei uns Waren einführen, wie es ihnen paßt, wir aber nicht nach England.)

Der neue tschechische Ministerpräsident zur deutschen Frage.

* Wien, 12. Juli. In einer einem Korrespondenten der „N. Freien Presse“ gewährten Unterredung erklärte der neue tschechische Ministerpräsident Tuzar, in der deutsch-böhmischen Frage werde die Regierung einen Ausgleich anstreben. Er glaube, daß es der neuen Regierung gelingen werde, diesen Ausgleich mit den Deutschen unter Dach zu bringen. Wenn der Ausgleich zustande komme, würden die deutschen Sozialisten die Regierung unterstützen, und da sie in den deutschen Gebieten die Mehrheit hätten, werde der sozialdemokratische Block gesperrt. Was das Verhältnis zu Deutschland betreffe, so sei die Regierung bestrebt, mit den Nachbarn gute Beziehungen aufrecht zu erhalten. Der Ministerpräsident sagte: Wir haben langgestreckte Grenzen. Inmitten von Feinden können wir nicht leben. Ich glaube, daß wir auch zu Deutschland unsern Weg finden werden. Auch mit den Deutsch-Oesterreichern wollen wir in ein gutes Verhältnis kommen; doch dürfen sie hier keine Unruhen stiften und schüren wie bisher. In der deutsch-böhmischen Frage mit den Sudetendeutschen werden wir selbst, ohne äußere Intervention, eine Verständigung finden.

Die Entente und das bolschewistische Ungarn.

(WB.) Versailles, 13. Juli. Der Oberste Rat der Alliierten beschloß in seiner gestrigen Sitzung, Bela Kun einen Funkpruch zu übermitteln, daß, solange Ungarn die Bedingungen des Waffenstillstandes nicht erfüllt, die Alliierten in keine Verhandlungen mit ihm eintreten könnten.

Der russische „Bundesgenosse“ macht keine Ansprüche geltend.

* Versailles, 12. Juli. Lwow, Maklakow und Sfassanow richteten laut „Journal“ an die Friedenskonferenz eine Note. Sie verlangen darin, daß Rußlands Ansprüche auf Konstantinopel als noch bestehend angesehen werden. Keine andere Macht dürfe in der Zone der Meeresenge ein Mandat ausüben, und für den Fall, daß eine internationale Kommission hierfür eingesetzt werde, müsse Rußland daran teilnehmen. Die Note macht auch das Recht Rußlands auf das Protektorat über Armenien geltend.

Persien protestiert gegen seine Vergewaltigung.

(WB.) Versailles, 13. Juli. Die persische Regierung überreichte der Friedenskonferenz in Paris eine Note, in der sie gegen die Verletzung der politischen, wirtschaftlichen und juristischen Unabhängigkeit Persiens

protestiert. Vor und während des Kriegs seien ihm Verträge und Abmachungen aufgezwungen und Konzessionen abgerungen worden, die seine Unabhängigkeit vermindert und seine wirtschaftlichen und politischen Interessen geschädigt hätten. Die persische Regierung verlange die Annullierung der Abmachungen, außerdem Entschädigung für die Verwüstungen, die seitens der Türken und Russen während des Kriegs verübt worden seien. In diesen Entschädigungen solle auch Deutschland beteiligt werden. Zum Schluß verlangt Persien die Zurückstattung der Gebiete, die Rußland und die Türkei ihm entziffen haben.

Entente-Indische Stimmung in China.

* Amsterdam, 12. Juli. Die „Times“ meldet aus Peking, daß in ganz China eine verzweifelte Stimmung über die Lösung der Schantungfrage im Friedensvertrag herrscht. Die Haltung der chinesischen Delegation, die sich geweigert hat, das verhängnisvolle Dokument zu unterzeichnen, findet allseitige Zustimmung. Die Aussicht auf einen Sonderfrieden zwischen den Chinesen und Deutschland erscheint keinem einzigen Chinesen als etwas Unhergewöhnlisches. China hat die Deutschen stets sehr freundlich behandelt. Wenn es gegen sie einschritt, so tat es dies unter dem Druck der Alliierten. Mit Ausnahme der deutsch-asiatischen Bank ist das meiste Eigentum der Deutschen unliquidiert geblieben und wartet auf die Rückkehr seiner Besitzer. Der „Times“-Korrespondent sieht den Grund für die Freundlichkeit der Chinesen gegenüber den Deutschen darin, daß die Deutschen seit der Chinaexpedition die Chinesen stets mit großer Mäßigung behandelt haben. Er schreibt: Deutschland hat seine Stellung in Schantung nie zu einer Haltung ausgenutzt, die die Chinesen für ihre Souveränität fürchten ließ. Diese Haltung Deutschlands sticht schwer von der Haltung der Entente ab. Ebenso war es Deutschland, das die Initiative zur Erleichterung der chinesischen Anleihe für die Anlage von Bahnen nahm. In China dauert der Boykott gegen die Entente fort. In ganzen Lande halten chinesische Studenten japanfeindliche Ansprachen und fordern die chinesische Industrie auf, sich von Japan unabhängig zu machen.

Aus dem feindlichen Ausland.

Französische Sozialtheorie.

(WB.) Versailles, 13. Juli. Der Nationalrat der sozialistischen Partei ist unter Vorsitz von Marcel Sembat und Cadix heute Vormittag zu einer dreitägigen Verhandlung zusammengetreten. Die Vormittagsung wurde mit Erwägungen von Parteiangelegenheiten und der Prüfung von Mandaten ausgefüllt. Außerdem wurde darüber verhandelt, welche Stellungnahme der Nationalrat gegenüber den Abgeordneten einnehmen solle, die am 25. 6. für die Kriegskredite gestimmt hätten. Auf Antrag Renaudels wird über diese Angelegenheit Montag Nachmittag verhandelt werden. Inzwischen wird der Nationalrat die Berichte der eingesetzten drei Unterkommissionen über den Friedensvertrag entgegen und dazu Stellung nehmen. Nach der „Heure“ behandelte die erste Unterkommission die territorialen und kolonialen Fragen und kam zu dem Ergebnis, daß die Bestimmungen des Vertrages sowohl den 14 Wilsonpunkten als auch den Friedensgrundsätzen grundsätzlich widersprechen, die die alliierten Regierungen und die sozialistische Internationale verhängt haben. Die zweite Unterkommission behandelte die militärischen und Völkerbundsfragen. Auch sie kam zu einem negativen Ergebnis und stellte dann ihrerseits Grundsätze für eine wahrhafte Völkergemeinschaft auf, die eine allgemeine Vereinigung aller souveränen und unabhängigen Staaten, die gleiche Rechte und gleiche Pflichten hätten, darstellen müßte.

Eine Machtprobe der französischen Eisenbahner.

(WB.) Bern, 12. Juli. Nach den letzten Nachrichten aus Paris hat der Beschluß der französischen Regierung, die Eisenbahner, die an dem Streik am 21. Juli sich beteiligen würden, vor ein Kriegsgericht zu stellen, das Gegenteil von der erwarteten Wirkung gezeigt. Die französischen Eisenbahner haben nunmehr beschloffen, auf allen Eisenbahnlinien Frankreichs, in Algier, Tunis sowie in Elsass-Lothringen während 24 Stunden den Dienst einzustellen. — (Der Streik soll bekanntlich eine Protestkundgebung der Sozialisten Frankreichs gegen den Weltfrieden darstellen, an dem sich auch die italienischen und amerikanischen Sozialisten beteiligen wollen.)

Vermischtes.

Englische Eingeborenenmishandlung in Deutsch-Südwest.

Dem „Schwab. Merkur“ wird geschrieben: Der Höhepunkt der englischen Heuchelei liegt wohl in der Behauptung der feindseligen Friedensbedingungen, daß sich Deutschland für die Verwaltung seiner Kolonien unwürdig erwiesen habe. Dieser Vorwurf, der nur erhoben wird, um Englands Kolonialreich auf unsere Kosten zu bereichern, würde mit mehr Fug und Recht die Briten selbst treffen. Den schlagendsten Beweis dafür liefert die Behandlung, die die Engländer den Eingeborenen von Deutsch-Südwestafrika während der Besetzung im Kriege haben zuteil werden lassen. Darüber berichtet Bezirksamtmann v. Jastrów, der die ganze Zeit der Okkupation in Südwest mitgemacht und das Land erst im April 1919 verlassen hat, in der „Deutschen Post“. So nahmen z. B. den Eingeborenen in Grootfontein die englischen Soldaten bei den Hausfuchungen alles nur einigermaßen Brauchbare fort, und bezeichnet für die Betrachtung, die die Eingeborenen darüber empfanden, ist die Bemerkung eines Hereros: „Armer Engländer muß Eingeborenen seine schmutzigen Sachen klauen, soll sie behalten.“ Die beste und längste Widerlegung der englischen Anschuldigungen bietet die Ausrückung des Magistrats von Grootfontein, Major Brownlee, der zu Jastrów sagte: „Ihre Eingeborenenbehandlung war richtiger, als die unsere ist.“ Während bei den Deutschen die Bestrafung zugelassen war, aber nur nach richterlichem Urteil und in ganz bescheidenem Umfang von besonderen namentlich dazu ernannten Beamten ausgeführt werden durfte, verboten zwar die Engländer offiziell das Schlagen der Eingeborenen. Aber es kam sehr häufig vor, daß ein Farmer einen Polizisten zu einer Flasche Schnaps einlud. Während diese vertilgt wurde, verließ der Farmer die Stube, und der in Frage kommende Eingeborene trat herein. Dieser hatte dann unter vier Augen mit dem Polizisten eine Zwiesprache, die niemand mit anhörte. Nur lautes Wehgeschrei des unglücklichen Opfers verkündete, was drinnen vorging.“ Dem Polizisten konnte nichts gesehen, da kein Zeuge bei der Tat anwesend war und ihm die strafbare Handlung nicht eiblich nachgewiesen werden konnte. Aus Mitleid blickt liegen einwandfreie eibliche Erklärungen vor, nach denen Eingeborene von englischen Polizisten in zahlreichen Fällen geschlagen und mishandelt wurden. Bei den Hungersnöten, die im Ambolande 1916 ausbrachen, taten die Engländer nichts. „Obwohl seines Amtes enthoben, wendete sich Gouverneur Seitz an die Verwaltung, was auf die in Okavango liegenden großen Vorräte hin und hat, sie ins Amboland zu schicken. Nichts geschah. Viele Tausende waren schon tot, andere Tausende lagen im Sterben. Wer sich noch bewegen konnte, machte sich nach Luambé auf, in der Hoffnung, von der deutschen Minenverwaltung Nahrungsmittel zu erhalten. Der Weg von Namutoni nach Luambé war mit Leichen besät. Jetzt endlich fingen die Engländer an, sich zu regen. Die Leichen auf dem Wege nach Luambé wurden verbrannt; dies geschah aber so überflüssig, daß überall halbverbrannte Glieder liegen blieben. Diese haben die nachfolgenden Dvambos, vom Hunger getrieben, genommen und abgenagt...“ Im ganzen sind bei dieser Hungersnot mehr als 25 000 Menschen umgekommen. Ebenso tat die englische Regierung nichts bei der Grippe-Epidemie, so daß mehrere hundert Weiß- und Tausende von Eingeborenen des Bezirks Grootfontein unnötig sterben mußten. Daß die Eingeborenen des Bezirks Grootfontein bei der Übernahme der Verwaltung durch die Engländer 750 Stück Großvieh und über 9000 Stück Kleinvieh besaßen, zeigt, in welchem materiellen Wohlstand sie sich befanden. Auch geistig war während der deutschen Herrschaft ein erfreulicher Aufschwung bei den Eingeborenen zu beobachten, während ihre moralischen Begriffe infolge der hauernden Lügen und Verrücktheiten der Engländer jetzt stark ins Wanken geraten sind.

Deutschland.

Parteitag der deutsch-nationalen Partei.

„Berlin, 14. Juli. Aus den Verhandlungen des Deutschen nationalen Parteitages von gestern geben die Blätter hervor, was Graf v. Westarp ausführte, es sei mit einer großen Auswanderung zu rechnen; aber diese Auswanderer würden empfinden, daß Ehre und Ansehen eines Volkes von höchst idealer Bedeutung seien. Deutschland werde künftig auf eine Kontinentalpolitik angewiesen sein; aber auch in dieser Beziehung würden wir überall auf die Mauern unfres Gefängnisses stoßen. Die wünschenswerteste Verständigung mit Frankreich könne nicht kommen, solange noch ein französischer Fuß die Rheinufer betrete. Zwischen Polen und Deutschland sei keine Freundschaft möglich. Die deutschen Brüder in Oesterreich müßten das selbe leiden, wie wir. Schulter an Schulter mit ihnen müßten wir uns zu einem freien deutschen Volke durchkämpfen. Mit Rußland sei eine Verständigung notwendig; doch könne mit dem Bolschewismus kein Pakt geschlossen werden. — Der frühere Staatsminister von Delbrück sprach ausführlich über den inneren Wiederaufbau. Diejenigen, die eine Gesundung unseres Wirtschaftslebens erst erwarteten, nachdem wir durch den Bolschewismus hindurchgegangen seien, wären zu bekämpfen. Sozialdemokratie und Zentrum würden für die nächste Zukunft weiterhin die Mehrheit bilden. Mit der Deutschen Volkspartei sei seitens der Deutschen Nationalen Volkspartei eine Arbeitsgemeinschaft anzustreben.

Folgenschwerer Streit zwischen deutschen und französischen Soldaten in Berlin.

(W.B.) Berlin, 12. Juli. Zu dem Todschlag an dem französischen Sergeanten Paul Mannheim erfuhr man, daß Mannheim mit einem Kameraden in der Friedrichstraße spazieren ging und dort mit deutschen Soldaten in Streit geriet. Bei der sich entspannenden

Antikliche Bekanntmachungen.

Oberamt Calw.

Bekanntmachung betr. Auslandschweinefleisch.

Eine weitere Sendung Auslandschweinefleisch ist nunmehr eingetroffen. Die zur Verfügung stehende Menge ermöglicht es, den Fleischverbraucherberechtigten 750 g pro Kopf zuzuführen. Der Preis für dieses Auslandschweinefleisch stellt sich auf 7.90 M das Kilogramm.

Der Speck kann eingelöst werden für die Landgemeinden auf Fettbezugskarte Nr. 5 Stadt Calw auf Lebensmittelkarte Nr. 147

Da weder Raum noch die nötige Zeit zur Verfügung stand, um das Auslandsfleisch auf Triebzügen zu untersuchen, wird der Bevölkerung daher dringend empfohlen, das Auslandsfleisch nur in gründlich gekochtem Zustande zu verwenden.

Oberamtmannt
Calw, den 12. Juli 1919. G. S.

Kauferei wurde Mannheim von einem deutschen Soldaten am Halse gepackt, und sein Begleiter durch einen Faustschlag ins Auge verletzt. Beide flüchteten nun. Mannheim hatte bereits sein Hotel erreicht, als er nach Aussagen des Pförtners von einem Zivilisten einen Messerstich in den Rücken erhielt. Mehrere Postzeitwachtmeister, die die Menge zurückzuhalten versucht hatten, brachten den Schwerverletzten zur Klinik in der Ziegelstraße, wo er aber bald verstarb. Sein Begleiter, der zunächst nach dem Alexanderhotel geflohen war, wurde von einer Soldatenpatrouille nach der französischen Botschaft gebracht. Auf die Ermittlung und Anzeigeung des Täters sind 10 000 M Belohnung ausgesetzt. — (Bekanntlich tragen die Franzosen ein freches, herausforderndes Wesen in Deutschland zur Schau, das unbedingt zu Konflikten führen muß, besonders wenn die Herrschaften sich auch noch erlauben, in Uniform in Berlin herumzulaufen.)

Aus Stadt und Land.

Calw, den 14. Juli 1919.

Zur Schuhpreiserhöhung.

* Die Freie Schuhmachereinnung Calw und Umgebung teilt uns mit, daß in dem Ratshausbericht über die Schuhpreiserhöhung die Begründung dafür nicht enthalten sei, so daß die Schuhmachereinnung dem Publikum gegenüber in eine schiefte Lage gebracht worden sei. Der Preiserhöhung liege der im Juni eingetretene Leder- und Lohauschlag von 45 bis 66 Prozent zugrunde. Dem Gemeinderat sei nun eine nähere Erläuterung unterbreitet und die Anhörung eines unparteiischen Sachverständigen verlangt worden.

Zu der Erklärung haben wir zu bemerken, daß unser Berichterstatter natürlich nur darüber berichten konnte, was in der betz. Gemeinderatsitzung über die Schuhpreiserhöhung vorgetragen worden war. Wenn die nähere Erläuterung der neuen Preisliste gleich gegeben worden wäre, so wäre selbstverständlich auch darüber berichtet worden. Eine Schuld an der „schiefen Lage“, in die die Schuhmachereinnung durch unsern Bericht gekommen ist, tragen wir daher nicht.

Beschlagnahmtes Mehl.

Der Mühlenüberwachungsdiens in Württemberg hat, wie wir hören, seit der Übernahme durch die Landesgetreidestelle in den vergangenen vier Monaten 2884 Zentner an Brotgetreide, Mehl, Hafer, und Gerste durch Beschlagnahme in den Mühlen des Landes der Allgemeinheit zugeführt. Welche Mengen der Bewirtschaftung entzogen werden, geht daraus hervor, daß beispielsweise in den Mühlen eines einzigen Oberamts im Juli allein über 20 000 Rilo Gerste als zu Unrecht in die Mühlen gelangt vorgefunden wurden.

Geringere Ausmahlung des Brotgetreides.

Im Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung sagte Reichsminister Schmidt zu, daß Weizen von nun an nur noch zu 80 Prozent, Roggen zu 82 Prozent ausgemahlen werden solle, was eine wesentliche Verbesserung des Mehles und Brotes bedeutet. Der Entwurf der Verordnung über die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse wurde mit einigen Änderungen mit 21 gegen 1 Stimme bei 5 Stimmenthaltung angenommen. Der vorgesehene Reichszuschuß von 100 M die Tonne wird vorerst bis 1. Oktober gewährt werden.

Angemessene Preise für Kaffee, Tee und Kakao.

Der Reichsbedienstet für Kolonialwaren in Hamburg schreibt der „Frl. Ztg.“: Der Schleichhandel in Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade hat einen derartigen Umfang angenommen, daß ich mich genötigt sehe, zum Schutze des künftigen Handels und der Verbraucher, insbesondere der minderbemittelten Bevölkerung, energische Schritte zu ergreifen. Dann weist er darauf hin, daß auf Grund der Weltmarktpreise und unter Berücksichtigung des Standes unserer Valuta zurzeit folgende Preise als angemessen im Kleinhandel bezeichnet werden können: Kaffee ungebrannt etwa 6.50 M ein Pfund, Tee 10 bis 13 M ein Pfund, Kakao 7.50 bis 10 M, Schokolade 10 bis 15 M. Es liege zur Zahlung von Schleichhandelspreisen für obige Genussmittel um so weniger Veranlassung vor, als in kurzer Zeit der legitime Handel in der Lage sein dürfte, die fraglichen Waren einzuführen und zu obigen Preisen den Verbrauchern zu liefern.

Der Verkehr mit Beerenobst.

Der „Staatsanzeiger“ enthält eine Verfügung der Landesverwaltungsstelle über den Verkehr mit Johannis-

beeren, Stachelbeeren, Himbeeren und Heidelbeeren. Danach ist der Erwerb von Beeren durch Ortsangehörige in unbeschränkter Höhe die Beförderung von Beeren bis zu 20 Pfund innerhalb des württ.-höhenz. Versorgungsgebietes für den Verbraucher vollständig frei, während Händler für die Beförderung jeder Menge Beeren einen Beförderungsschein benötigen. Der Beförderungsschein wird, soweit es sich um den Verkehr innerhalb des Landes handelt, in den in der Verfügung näher bezeichneten Fällen vom Ortsvorsteher, im übrigen, also insbesondere ausnahmslos dann, wenn die Beeren nach außerhalb Württembergs verschickt werden sollen, von der Landesverwaltungsstelle ausgestellt. Den Händlern werden Beförderungsscheine zum voraus ausgehändigt. Der Erwerb von Beeren zum Zwecke gewerbmäßiger Verarbeitung und Konservierung ist im allgemeinen verboten.

Bericht des Kriegswucheramts.

Im Lauf des Monats Juli sind von Ueberwachungsbeamten des Kriegswucheramts beschlagnahmt worden: 1174 Pfd. Butter und Schmalz, 1058 Pfd. Fett, 1675 Pfd. Fleischwaren, 1838 Pfd. Käse, 6367 Pfd. Getreide und Mehl, 280 Pfd. Teigwaren, 15 100 Pfd. Kartoffeln, 472 Pfd. Zucker, 228 Pfd. Kaffee, 9367 Stück Eier, 314 Liter Branntwein, 4 Stück Großvieh, 10 Schweine und 2 Ziegen. Außerdem wurden beschlagnahmt: 2868 Pfund Seife, 200 Pfd. Schafwolle, 36 Stück Häute, 19 Stück Kalbfelle und 4 Stück Ziegenfelle, 10 000 Stück Zigaretten und 40 000 Stück Zigaretten. Dazu kommen Schuhwaren im Wert von 19 600 M, Leder im Wert von 37 000 M und Textilien im Wert von 25 000 M, endlich 13 Rilo Feingold im Wert von etwa 120 000 M.

Zur Hebung der Kleibernot.

Die Reichsregierung hat beschlossen, die im Besitze des Reiches befindlichen Textil-Rohstoffe und Fertigfabrikate schleunigst auszuheben und die Waren teils dem freien Handel zuzuführen, teils die notleidende Bevölkerung damit zu versorgen. Ein Reichszuschuß für die bürgerliche Bevölkerung kommt bei der schlechten Reichsfinanzlage nicht in Frage, dagegen wird das Reich die Reichsteil-N.G. anweisen, für 800 Millionen Mark preiswerte Textilien für rückkehrende Krieger, Minderbemittelte usw. zu beschaffen. Dieser Betrag reißt für eine durchgehende allgemeine Versorgung nicht aus. Es wird aber damit gerechnet, daß die Bevölkerung sich noch anderweitig eindenken kann. Die Reichsteil-N.G. soll in Kürze liquidiert werden, während die Reichsbeleidungsstelle nach der in den nächsten Tagen erfolgenden Aufhebung des Bezugsscheins auf die Textilrohstoffversorgung beschränkt wird.

Beratung über die neuen württ. Steuern im Finanzausschuß.

(W.B.) Stuttgart, 11. Juli. In der heutigen Vormittagssitzung des Finanzausschusses wurden die Steuer- und Abgabenentwürfe in Beratung genommen. In einer eingehenden Generaldebatte bemerkte Finanzminister Dieckhoff u. a.: Das Verhältnis der Einzelstaaten zum Reich auf dem Steuergebiet werde immer verhängnisvoller. Es werde nun vom Reich bereits der Vorschlag erhoben, daß die Einzelstaaten nunmehr Zuschläge zu den Einkommensteuern erheben dürfen. Ob es dann noch möglich sei, die Steuerhoheit tatsächlich aufrecht zu erhalten, sei eine Frage. Die Einziehung und Verwaltung der Steuern käme dann in die Hände des Reichs. Bereits sei eine Reichsabgabenverordnung in Arbeit, wenigstens für die Reichsteuern. In der neuen Verfassung des Reichs sei die Verwaltung der Zölle und Verbrauchssteuern schon an das Reich übergegangen. Dann sei es mit einer selbständigen Steuerverwaltung zu Ende. Sobald die Verkehrsanstalten an das Reich kommen, werden wohl auch die Einkommensteuern mitgehen. Wenn bei unsern Verkehrsanstalten nicht der erhebliche Mangel eingetreten wäre, würden wir ohne wesentliche Steuererhöhung auskommen sein. Das württ. Staatsministerium werde sich gegen jede überflüssige Befreiung der Selbständigkeit der Einzelstaaten auf dem Steuergebiet und gegen übertriebene unitarische Bestrebungen wenden. Dieser Standpunkt des Ministers fand von allen Seiten Zustimmung. Späterhin bemerkte noch der Minister: Eine überstürzte Unitarisierung würde eine große Gefahr für den deutschen Einheitsstaat bedeuten. Gegen eine natürliche Entwicklung könne man sich nicht stemmen. Jedenfalls sei aber Berlin nicht geeignet, der Mittelpunkt für ein starkes Deutschland zu sein. Es wurde dann in die Beratung der Einkommensteuererhöhung eingetreten. Bekanntlich schlägt der Entwurf einen Zuschlag zu den Einkommenssteuern bei natürlichen Personen bis zu 500, bei Aktiengesellschaften bis zu 600 Prozent vor. Es lagen eingehende Abänderungsanträge seitens der Sozialdemokratie und des Zentrums vor. Der Antrag der Sozialdemokratie (Winter u. Gen.) läßt die persönlichen Einkommen bis zur Höhe von 1700 M von der Einkommensteuer frei; es wird dann die Einkommensteuer von 1700 bis 4550 M in der Höhe der bisherigen Einkommenssteuer besteuert und bei den höheren Einkommen steigt die Einkommensteuer nur allmählich, so daß sie z. B. bei Einkommen von 15- bis 30 000 M noch 80 Prozent weniger beträgt als nach dem Regierungsvorschlag; dagegen würde die Steuer bei einem Einkommen von 300 000 M und mehr 1000 Prozent (fast 500 Proz.) erreichen. Dieser Vorschlag fand von keiner Seite Zustimmung. Der Finanzminister machte darauf aufmerksam, daß bei diesem Vorschlag die höchsten Einkommen vollständig weggesteuert würden. Ein Antrag des Zentrums (Graf u. Gen.) vermindert die rasche Steigerung in den untern Etagen, bringt also eine mäßige Entlastung der mittleren Einkommen, wofür dann die höheren Einkommen eine geringere weitere Belastung erfahren. Der Höchstlohn wird schon bei 200 000 M Einkommen erreicht. Sowohl von Winter wie von Graf wurden auch Vorschläge betr. Steuerermäßigung wegen hoher Kinderzahl gemacht. Die Weiterberatung wurde für die Nachmittagsitzung ausgesetzt.

Städt. H. N. In der am Nachmittags fortgeführten Beratung der Anträge zur Einkommenssteuererhöhung wurde von Lauterbach (S.) der Eventualantrag gestellt, im Falle der Ablehnung des Antrags Winkler und Gen. zu beschließen: 1. Jahreseinkommen bis zu 1550 M. bleiben von der Einkommenssteuer frei; 2. für Jahreseinkommen von 1550—4550 M. verbleibt es bei einer Besteuerung in Höhe der seitherigen staatlichen Einheitsätze; 3. der nach Ziff. 1 und 2 entfallende Ausfall wird auf Jahreseinkommen von über 4500 M. gelegt. Von Finanzminister Besetzung wurde hervorgehoben, daß bei den Vorschlägen der Sozialdemokratie für die höheren Einkommen, die bis zu 50 Prozent von der württ. staatlichen Einkommenssteuer erfasst würden, eine Gesamtbelastung durch Staat, Gemeinde und Reich von 115—120 Prozent entstehen würde. Nun habe aber schon die württ. Vorlage eine außerordentliche Belastung. Die sächsische Einkommenssteuer gehe bei Einkommen bis zu 600 000 M. nur bis zu 25 Prozent, die badische bei Einkommen bis zu 400 000 M. nur bis zu 25 Prozent. Die Höchstgrenze von 25 Prozent auf 50 Prozent zu erhöhen, wie es der sozialdemokratische Antrag wolle, werde nirgends vorgeschlagen und gehe viel zu weit. Der Minister betonte dann noch, daß der Steueranfall aus den Anträgen Graf ungefähr 1 Million betrage. Nebenbei in der Sitzung seien die Anträge bezüglich der Kinderzahl; diese würden eine Mindereinnahme von circa 6 Millionen Mark bedeuten. Immerhin würde im Falle der Annahme der Anträge Graf ein zu großer Ausfall nicht entstehen. Es fand dann eine prinzipielle Vorabstimmung über die drei vorliegenden Anträge statt, deren Ergebnis sich in der Richtung der Anträge Graf bewege. — Den Vorschlägen der Regierung zur Vermögenssteuer wurde nach längerer Debatte zugestimmt. Die im Entwurf vorgesehene Erhöhung des Steuersatzes der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer von 2,1 auf 4 Prozent des

Stellertabfals würde entsprechend einem Antrag Ströbel (M.) mit 10 gegen 10 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Es bedeutet dies einen Ausfall von 9,8 Millionen Mark. Dagegen wurde die Erhöhung der Kapitalsteuer von 2,1 auf 4 Prozent des Steuersatzes einstimmig angenommen. Die weiteren Regierungsvorschläge betr. Wandergewerbesteuer, Zuwachssteuer und Umsatzsteuer wurden unverändert gutgeheißen. Vom Finanzminister ward noch mitgeteilt, daß eine Vorlage betr. Erhöhung der Gerichtsporteln und Notariatsgebühren, sowie der allgem. Sporteln in Vorbereitung sei und in kürzester Zeit dem Landtag noch zugehen werde.

13. Juli. Bei der heutigen Ortsversammlung haben von 390 Wahlberechtigten 271 abgestimmt. Es wurde der seitherige Amtsverweser Jakob Maist, Maurermeister, mit 209 Stimmen gewählt. Mathäus Volz, Maurermeister, erhielt 59 Stimmen.

Der Ortsverein Wildbad bezog auf dem Wege der Schiebung aus Leutkirch Kartoffeln. Bis jetzt sind etwa 1000 Zentner nachgewiesen worden, für die allein der Wildbader Vermittler Zimmermann Schmidt 8000 M. und seine Helfer in Leutkirch 2000 M. Gewinn einsteckten. Die 1000 Ztr. sind also allein um 10 000 M. Schiebergewinn verteuert worden.

11. Juli. (Vom Rathaus.) Eine Sitzung des Gemeinderats, die vorgestern Abend stattfand, beschloß, die erledigte Stadtvorstandsstelle erst nach den Ferien zur Bewerbung auszuschriften. — Da die in Angriff genommenen Neu- und Einbauten von Wohnungen des mangelnden Rohmaterials und der zum schnellen Bau nicht vorhandenen Anzahl von Facharbeitern wegen nur langsam vorwärts schreiten, wurde auf Antrag des Wohnungsamts be-

schlossen, zur Beschaffung der benötigten Werkstoffe zwei Wagnisbaracken zu erstellen. Die Pläne dazu sind vom Stadtbauamt gefertigt worden, das auch den Bau ausführt. — Des Weiteren wurde der Erweiterung der Eigenhausbefreiung auf dem Neusch zugestimmt. Das Wohnungsamt erhielt ferner den Auftrag, zu versuchen, durch Ablösung von Wirtschaftskonzessionen weitere Räumlichkeiten für Wohnungen zu schaffen.

Sprechsaal.

Für die unter dieser Rubrik gedruckten Veröffentlichungen übernimmt die Schriftleitung nur die pressegesetzliche Verantwortung.

Durchsichtszeit.

Eine gleichmäßige Durchführung der Durchsichtszeit an Samstagen bei den städtischen, kommunalen und staatlichen Verwaltungen wäre sehr wünschenswert. Angesichts der angestrengten Arbeit und der bestehenden Ernährungsverhältnisse käme der freie Samstag-Nachmittag den Beamten in dieser sowie aufreibenden Zeit gesundheitlich sehr zum Vorteil; auch das Publikum wird sich — wie in anderen Städten — daran gewöhnen, seine Angelegenheiten Samstags bis 1 Uhr mittags zu erledigen. Vielleicht genügt diese Anregung, daß die maßgebenden Stellen dieser zeitgemäßen Forderung in Bälde Rechnung tragen. —

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Seltmann, Calw. Druck und Verlag der A. H. Schlager'schen Buchdruckerei, Calw.

Reklameteil.

Horb a. N., den 12. Juli 1919. Das den Erben des verstorbenen Verwaltungsaktuars Riberer hier gehörige Wohnhaus mit Garten, ging durch Kauf in den Besitz des Herrn Paul Vogelwald, Kellnermeister, Berlin-Stöckli, über. — Der Abschluß erfolgte durch das Immobilien- und Hypothekengeschäft Albert Preßburger in Horb a. N.

Städtische Lebensmittel-Versorgung Calw.

Von morgen Dienstag, den 15. bis spätestens Freitag, den 18. Juli kann bei sämtlichen Metzgereien auf Lebensmittelmarken Nr. 147 für die Person 1 kg. ausländisches Schweinefleisch zu 7 Mk. 90 Pf. gekauft werden. Durch eine Sonderbestellung der Stadt ist es uns möglich, die Lieferung des Kommunalverbands um 250 gr. zu erhöhen. Wer das Fleisch nicht bis Freitag Abend abholt, verliert den Anspruch. Vom Samstag ab dürfen die Metzgereien ohne Karten verkaufen. Da eine Untersuchung des Fleisches auf Trichinen zu lange dauern würde, wird den Verbrauchern dringend empfohlen, dasselbe unbedingt vor dem Genuß vollständig gar zu kochen, bezw. den Speck auszulassen. Bis Donnerstag, 17. Juli kann bestellt werden auf Lebensmittelmarken Nr. 148 Kunstbrot, Nr. 149 Eier. Die Kleinhändler haben die Bestellmarken am Freitag, 18. Juli auf dem Rathaus abzuliefern.

Steuern

Würzbach.

Das Sammeln von Beeren jegl. Art
in den hiesigen Gemeinde- und Privatwaldungen
ist für Auswärtige bei Strafe verboten.
Würzbach, den 10. Juli 1919. Gemeinderat.

Weltschwanu.

Das Sammeln von Heidelbeeren
in den hiesigen Gemeinde- und Privatwaldungen
ist für Auswärtige bei Strafe verboten.
Gemeinderat.

Neuweiler.

Das Sammeln von Beeren jeder Art
in den hiesigen Gemeinde- und Privatwaldungen
ist für Auswärtige bei Strafe verboten.
Gemeinderat.

Breitenberg.

Das Beeren sammeln
in den hiesigen Waldungen
ist für Auswärtige bei Strafe verboten.
Gemeinderat.

Speßhardt.

Das Sammeln von Heidelbeeren
in den Gemeinde- und Privatwaldungen
ist für Auswärtige verboten.
Gemeinderat.

Oberkollwangen.

Das Beeren sammeln

in den hiesigen Waldungen
ist für Auswärtige bei Strafe verboten.
Gemeinderat.

Stammheim.

Das Beeren-Sammeln

in den hiesigen Gemeindefeldern
ist für Auswärtige bei Strafe verboten.
Gemeinderat.

Öffentliche Versteigerung.

Der Kommunal-Verband Pforzheim-Stadt versteigert durch das Städt. Hochbauamt (Altmöbelfest) folgende von der Heeresverwaltung bezw. Reichsverwertungsamt übernommene Heeresgüter: etwa 100 Stück große und kleine Pferde-Selengehirne, etwa 25 Stück Pferdeköpfe, etwa 30 Stück Kameköpfe, etwa 30 Stück Vackköpfe.

Eine große Partie loser Geschirteile, wie Stränge, Ketten, Freßbeutel, Wasserkrüge, Koffergeschirre, große und kleine Wagenpläne usw. Die Versteigerung findet am Freitag, den 18., und Samstag, den 19. Juli 1919, von morgens 10 Uhr ab, vor dem hinteren Portal der Stadt Gewerbeschule, große Gerberstraße 34, in Pforzheim gegen Barzahlung und sofortige Abholung statt, wozu Kaufstübhaber eingeladen werden. Eventl. Fortsetzung der Versteigerung wird besonders bekannt gegeben. Pforzheim, 9. Juli 1919. Städt. Hochbauamt.

Alle Sichteleidende und Rheumatiker

können durch Büblers Naturmittel von ihren Qualen und Schmerzen befreit werden.

Vorrätig: Hirsch-Apotheke, Stuttgart, Apotheke Metzger, Urach, Hauptverband: Jakob Bübler, Urach, Espachstraße 22 (W. Str.)

Traubuch das große ägyptische Mä. 5.20. Ufa Verlag München 23/60.

Verloren ging Sonntag abend eine gelbe Bernsteinkette vom Bahnhof bis Lederstraße. Bitte abzugeben. Lederstraße 89, 2 Treppen.

Selbbetrag gefunden kann gegen Einrückungsgebühr abgeholt werden bei H. Feldweg, unt. Marktstr.

Echte Remy-Keisstrahlen-Stärke empfiehlt Ch. Schlatterer.

Nähfaben, schwarz und weiß, beste Selbststoffware, 10 Rollen 10 M., 4 Proberollen M. 4.40. H. Flügge, München 45/82.

Zur Einmachzeit empfiehlt Eindunstgläser und -Apparate Frau Robert Schneller, Wwe., Bad Teinach.

Sommerproffen Unreines Gesicht, Pickeln, Mitesser, u. s. w. beseitigt in kürzester Zeit Apotheker Raitelhubers Sommerproffenjale. Preis 3.50 Mk. fcho. pro Tigel. Alleinverhandt: Hofapotheke Hechingen (Hohenz.)

Versteigerung von Heerespferden.

Am Freitag den 25. Juli, von 9 Uhr vormittags ab, werden in Ulm im Hof der neuen Artilleriekaserne ca 70 dienstunbrauchbare Pferde, darunter Ponys, Halbperde, Maulesel und Fohlen versteigert. Als Steigerer werden nur solche Personen zugelassen, welche im Besitze einer auf ihren Namen lautenden, mit dem Stempel des Kriegsministeriums und der Unterschrift der (es) Referenten der Pferdeabteilung versehenen Pferdekarte sind und sich durch eine Bescheinigung ihres Schultheißenamtes über den rechtmäßigen Besitz dieser Karte ausweisen können. Die Karten sind sichtbar zu tragen. Kriessanleihe wird nur von solchen Käufern angenommen, die eine schriftliche Bescheinigung von ihrem Schultheißenamt vorlegen, daß sie selbst die zur Zahlung angebotene Kriessanleihe gezeichnet haben. Stuttgart, den 11. Juli 1919. Württ. Kriegsministerium.

Mauer- und Gartensand

ist fortwährend zu haben bei G. Pfeiffer, Bauunternehmer.

Kräftiges, fleißiges Mädchen

welches auch kochen kann, sofort in ein Geschäftshaus nach Würm gesucht. Angebote mit Lohnansprüchen an Frau R. Obenhack, Würm bei Pforzheim.

Parkett-Bodenwische, Stahlspäne, Fußboden-Dele

empfehlen Chr. Schlatterer.

Uebersichten über die eingetretenen Änderungen der Postgebühren im württ. Verkehr sind in der Geschäftsstelle des Blattes das Stück zu 30 Pfennig erhältlich.

Beschäftigung

in kaufm. schriftl. Arbeiten oder passende, leichtere Arbeit im Betriebe, gegen bescheidenes Honorar. Gesl. Anträge unter P. 100 erbeten an die Geschäftsstelle des Blattes.

Wohnung

zu mieten. Zu erfragen bei Baibelisch, zum Köhler.

Matratze

gut erhalten, zu verkaufen. Stadlinventierer Kolb.

Kernseife-Würfel

a 400 gr. 72 % Fettgehalt das Stück zu M. 9.50 werden franco geliefert. Aufträge vermittelt die Geschäftsstelle des Blattes unter Ziffer M 4.

Geschäftsverlegung.
Mein Geschäft befindet sich jetzt
 im Hause des Herrn Fabrikmeisters
 M. Weisk neben Stäckels Uhrengeschäft
Badstraße
 und bitte meine werten Kunden in Stadt und Land
 auch fernerhin um geneigtes Wohlwollen.
Julie Schimpf.

Landesware.
 Hemdenflanelle
 Hosentoffe
 Trägerschürzen
 Knabenschürzen
 in guter preiswerter Qualität eingetroffen
 und empfiehlt
Gottlob Schwarz, Gchingen.

Geschäftsverlegung und Empfehlung.
 Einer werten Einwohnerschaft und Kundschaft
 von hier und Umgebung zur gefälligen Kenntnis-
 nahme daß ich mein
Geschäft
 von der Nonnengasse
 nach Bischoffstraße 468 verlegt habe.
 Indem ich für das mir bisher entgegenge-
 brachte Vertrauen bestens danke, bitte ich mir
 dasselbe auch fernerhin bewahren zu wollen.
 Hochachtungsvoll
Gottlieb Vacher, Schneidermeister.

Sch bringe nächsten Montag Abend, den
 14. ds., einen großen Transport Vieh, bestehend
 in großer Auswahl schwerer
trächtiger
Kalbinnen,
Milchkühe,
 sowie eine große Auswahl von schönem
Jungvieh
 nach Calw
 in „Badischen Hof“ zum Verkauf, wozu Lieb-
 haber freundlich einladet
Rubin R. Löwengart,
 Rugsviehhändler.

Trauer-Drucksachen
 liefert rasch und sauber
 die Druckerei dieses Blattes.

Warnung!
 Die Personen,
 welche bei der Versteigerung Villa Wilhelmshöhe zu Leinach
 den großen, blauen, echten Smyrna-Lappich, die Gardinen,
 Galerien, Kopfkissen etc. erworben haben,
 sind erkannt
 und haben Strafanzeige zu gewärtigen,
 wenn sie nicht längstens bis 20. ds. Mts. die Gegenstände zu-
 rückgebracht oder den Larwert dafür bezahlt haben.
 Auch das Fräulein ist erkannt,
 welches den wertvollen großen Spiegel mit dem alten minder-
 wertigen, billig erlegerten Spiegel ausgetauscht hat. Anzeige
 erfolgt nach gleichem Zeitumlauf wie oben fixiert.
 Der Versteigerer: **F. A. Kolb, Stadtinventierer.**

Dentist Jos. Kohler
 hält bis Anfang August
keine Sprechstunde.

Gruis Augenwasser
 Seit anno 1785
 bewährt bei roten, tränenenden Augen, schmerzhaften,
 nach dem Schlafen verbleibenden Augenlidern,
 chronisch-entzündeten Augenlidern, Schwä-
 chen der ausgebreiteten Augen (Glaucom) etc.
 In haben in den Apotheken A 2.50 die Flasche.
Jac. Friedr. Gruis, Hofbrunn a. R.

Obstmühlen und Pressen
 feststehend und fahrbar in verschiedenen
 Größen empfiehlt
G. Wackenhuth, Maschinenwerkstätte.
 Rechtzeitige Lieferung kann nur bei sofortiger Be-
 stellung erfolgen.

Schul- u. Wagenfett
 Maschinen- u. Motorenöl
 Const. Fett
 Treibriemenwachs
 Parkett-Linoleumwäse
 Marke „Biene“ in weiß u. gelb
 Fußboden-Öl
 Pflanzlicher
 Stahlspäne
 Bürsten
 Schuhcreme
 Pflö, Erdöl, Trab-Trab, in
 schwarz, braun u. gelb
 Seife — Soda
 Seifenpulver
 Bleichsoda
 Chloralkali
 Waschlauge
 Wasserglas
 Panamarinde
 Messerpugsteine
 Keilpugsteine
 empfiehlt
K. Hauber.

Hundekuchen,
Geflügelfutter,
Schweinemast-
pulver,
Kraftfutterwürze
Krämpfmittel
für Schweine,
Eierlege-Pulver
Räudemittel.
Ritter-Drogerie
 Calw
 an der Nagoldbrücke.

Heidelbeeren
 können bestellt werden
 bei **Friedrike Pfeiffer,**
 Vorstadt.

Motoren
 für
 Benzin, Benzol, Gas
 für Gewerbe und Landwirtschaft
 stationär und fahrbar.
 Man verlange neueste Drucke.
Carl Kaelble, Motorenfabrik
 Backnang.

Liebenzell. Liebenzell.
Gasthof zum „Abler“
 Dienstag, den 15. Juli 1919:
Ein lustiger
Theater-Abend
 Humoristische Vorträge,
 Moderne Tanz-Duette
 aus bekannten Operetten wie „Esardasfürstin“,
 „Soldat der Marie“, „Geschiedene Frau“ u. a.
 Dargestellt von
 Hermi Hellen, Operettensängerin,
 Robert Sternan, Operettensänger
 aus Wien. Am Flügel R. Neuhold.
 Beginn 8 Uhr.
 Näheres an den Plakatsäulen.

Friedr. Klais, Schneidergeschäft, Nagold.
 Prima gestreifte **Englischlederhosen,**
Samtkordhosen,
 sehr starke **Drillhosen** für alle Größen
Sommerjuppen in allen Größen,
Stoffanzüge, vom kleinsten bis zum größten Mann,
 darunter aus echtem, schwarzem Kammgarn.
Hochzeitsanzüge, Sportanzüge, Ledersuppen,
 einzelne Westen, einzelne Leibhosen.
 Schöne Auswahl. Gute Qualitäten.

Neuhengstett.
Eine Bluthenne
 mit 10 Jungen, 8 Tage alt,
 hat zu verkaufen
Paul Talmun.

Hirsau.
 10 junge
Enten
 hat zu verkaufen
Joh. Feion.

Oberkollwangen.
 Fressengeröhnte
Milch-
Schweine
 verkauft morgen mittag 12 Uhr
Fritz Keger.

Gesucht junger
Dackel
 reinrassig, männlich, braun od.
 schwarz.
 Angebote an die Geschäfts-
 stelle des Blattes.

Simmshausen D.-M. Calw.
 Sehe mein 8 jähriges
Rasse-
Pferd
 (Braunsteute) dem Verkauf aus.
 Ebenfalls ein
Spitzkummet,
2 Sielengeschirre,
1 Zweispänner-Wagen,
1 neue led. Einspänner-
Leine,
1 Paar Kreuzzügell.
 Fritz Fuchs.

Dienstag, den 15. Juli, von vormittags
 7 Uhr ab stehen in meiner Stallung im Gast-
 haus zum „Löwen“
 in Calw
 ein sehr großer Transport schwerer

hochtr. Kalbinnen,
Milchkühe,
trächtige Kühe,
Zug = Stiere
 sowie sehr große Auswahl
schönes Jungvieh
 zum Verkauf, wozu Liebhaber freundlich einladet
Rubin Beit Löwengart.